Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/3892
20. 01. 89

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 25. Januar 1989 am Donnerstag, dem 26. Januar 1989

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Frau Blunck (SPD)	15
Duve (SPD)	31, 32
Gansel (SPD)	35, 52
Frau Dr. Götte (SPD)	53, 54
Grünbeck (FDP)	13, 14
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	29, 30
Hedrich (CDU/CSU)	49
Hiller (Lübeck) (SPD)	7, 8
Hinsken (CDU/CSU)	37, 41
Dr. Hirsch (FDP)	39, 40
Jäger (CDU/CSU)	27, 28
Jungmann (SPD)	36
Kastning (SPD)	24, 25
Dr. Klejdzinski (SPD)	2, 48
Dr. Knabe (DIE GRÜNEN)	4, 6
Kohn (FDP)	11, 12
Kolbow (SPD)	55
Lowack (CDU/CSU)	26
Dr. Mechtersheimer (DIE GRÜNEN)	50, 51
Müller (Schweinfurt) (SPD)	9, 10
Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	44, 45
Paterna (SPD)	18, 19
Pauli (SPD)	16, 17
Schily (DIE GRÜNEN)	1, 5
Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	56, 57
Dr. Sperling (SPD)	22, 23
Frau Steinhauer (SPD)	43
Stiegler (SPD)	3, 42
Toetemeyer (SPD)	20, 21
Weisskirchen (Wiesloch) (SPD)	46, 47
Westphal (SPD)	33, 34
Frau Würfel (FDP)	38

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	6
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	10
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	11

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Schily** (DIE GRÜNEN)

Treffen Meldungen des Kölner Privatfernsehsenders „RTL Plus", der „International Herald Tribune" und der „Frankfurter Rundschau" zu, daß mit Hilfe bundesdeutscher Firmen sowie bundesdeutscher Wissenschaftler und Techniker im Irak eine Fabrik für biologische Kampfstoffe errichtet wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

2. Abgeordneter **Dr. Klejdzinski** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, verstärkt Forschung und Entwicklung von Verifikationstechniken betreiben zu lassen, und an welche Techniken im einzelnen ist dabei zu denken?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

3. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Welche Rechte und Pflichten bestimmen ein „völkerrechtliches Überlassungsverhältnis", in dessen Rahmen die Stationierungsstreitkräfte nach Beendigung des Besatzungsregimes Liegenschaften in der Bundesrepublik Deutschland benutzen, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um durch Einzelüberlassungsvereinbarungen die völkerrechtlichen Überlassungsverhältnisse zu konkretisieren?

4. Abgeordneter **Dr. Knabe** (DIE GRÜNEN)

Welchen Einfluß nimmt der Bund über das für Liegenschaften zuständige Bundesministerium der Finanzen auf die Art und Intensität der Bewirtschaftung bundeseigener Wälder, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, verstärkt Methoden des naturnahen Waldbaus in bundeseigenen Forsten anzuwenden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

5. Abgeordneter **Schily** (DIE GRÜNEN)

Was hat die Bundesregierung unternommen und was wird sie unternehmen, um eine Zusammenarbeit bundesdeutscher Firmen, bundesdeutscher Wissenschaftler und Techniker mit dem Ausland auf dem Gebiet der Herstellung bakteriologischer Kampfstoffe zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

6. Abgeordneter **Dr. Knabe** (DIE GRÜNEN)	Wie ist der Stand des Generhaltungsprogramms als Gegenmaßnahme zum Waldsterben in der Bundesrepublik Deutschland bei welchen Waldbaumarten und bei welchen Bodenpflanzen seit April 1988 fortgeschritten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

7. Abgeordneter **Hiller (Lübeck)** (SPD)	Wie begründet die Bundesregierung die Darstellung des Krantors in Danzig (Gdańsk) zusammen mit dem Namen des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen und der bundesdeutschen Hoheitszeichen, Bundesadler und schwarz-rot-goldener Farben, auf einer Plastiktüte, die von dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen erworben und an Gäste verteilt wird, besonders im Hinblick auf den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen und die möglichen Reaktionen unserer polnischen Nachbarn?
8. Abgeordneter **Hiller (Lübeck)** (SPD)	In welcher Auflage und zu welchen Kosten ist die Plastiktüte mit den oben genannten Abbildungen von dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen erworben worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

9. Abgeordneter **Müller (Schweinfurt)** (SPD)	Auf Grund welcher Überlegungen und Erkenntnisse wurde die zulässige Höchstbelastung von Olivenöl mit dem krebsverdächtigen Per auf 0,1 Milligramm pro Liter Öl festgelegt?
10. Abgeordneter **Müller (Schweinfurt)** (SPD)	Wie ist mit dieser Höchstgrenze und dem damit angestrebten Schutz der Gesundheit der Verbraucher vereinbar, daß in einer Übergangsfrist Öl mit einem bis zu zehnmal höheren Per-Gehalt verkauft werden durfte?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

11. Abgeordneter **Kohn** (FDP)	Welche Entwicklungsmöglichkeiten für einen verbesserten kombinierten Ladungsverkehr gibt es, mit dessen Verwirklichung eine erhebliche Steigerung dieser Verkehrsart erreicht werden kann („KLV 92")?

12. Abgeordneter **Kohn** (FDP)

Welche verkehrspolitischen Initiativen wird die Bundesregierung ergreifen, um vor dem Hintergrund der Liberalisierung und dem überdurchschnittlich stark wachsenden internationalen Güterverkehr einen attraktiven und bedarfsgerechten europaweiten kombinierten Ladungsverkehr zu verwirklichen?

13. Abgeordneter **Grünbeck** (FDP)

Welche Defizite bestehen beim kombinierten Ladungsverkehr in der Kooperation zwischen Schiene und Straße, und welche Initiativen wird die Bundesregierung ergreifen, diese Defizite zu beseitigen?

14. Abgeordneter **Grünbeck** (FDP)

Welche ordnungspolitischen Instrumente sieht die Bundesregierung als geeignet an, angesichts der weitgehenden Überlastung unseres Straßennetzes zu einer verstärkten Inanspruchnahme des kombinierten Ladungsverkehrs zu kommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

15. Abgeordnete **Frau Blunck** (SPD)

Wie will die Bundesregierung den illegalen Handel mit gemäß Washingtoner Artenschutzübereinkommen von der Ausrottung bedrohten Arten unterbinden, wenn sie z. B. den Handel mit Fellen von gefleckten Katzen, die aus Bolivien illegal ausgeführt wurden und für die in Frankreich entgegen den Vorschriften der EG-Verordnung zur Anwendung des WA-Übereinkommens Nr. 3626/82 Einfuhrgenehmigungen erteilt wurden, unter Berufung auf Artikel 9 der EG-Verordnung nicht verbietet, und welche Maßnahmen sind notwendig, um den kriminellen Handel mit Fellen und anderen Produkten von vom Aussterben bedrohten Tierarten in EG-Mitgliedsländern und insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland wirksam zu unterbinden?

16. Abgeordneter **Pauli** (SPD)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, daß die ehemals bundeseigene VEBA-Glas AG (Werk Sinzig) auf ihrem früheren Produktionsgelände nach einem Gutachten des TÜV (vom 29. August 1985) durch „große Mengen wasserlöslicher, schwermetallhaltiger Sulfate" das Grundwasser im Einzugsbereich des Rheins gefährdet?

17. Abgeordneter **Pauli** (SPD)

Warum hat die VEBA-Glas AG nach den Erkenntnissen des TÜV über die latente Gefahr der Gewässerverunreinigung nicht die unkontrollierte Verbreitung der Schadstoffe durch eine rechtzeitige Entsorgung verhindert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

18. Abgeordneter **Paterna** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in den über den Postzeitungsdienst vertriebenen Erzeugnissen des DSZ-Verlages trotz einer bereits erfolgten Abmahnung entgegen den Bestimmungen der Postzeitungsordnung (§ 5) redaktionelle Mitteilungen mit Werbung für eigene oder fremde Verlagserzeugnisse verbunden werden?

19. Abgeordneter **Paterna** (SPD)

Wie beabsichtigt die Bundesregierung künftig sicherzustellen, daß bei den Erzeugnissen des DSZ-Verlages die Einhaltung der Postzeitungsordnung durchgesetzt wird?

20. Abgeordneter **Toetemeyer** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß 1985 durch den Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen eine umfangreiche Werbekampagne für den Kabelanschluß in Hagen durchgeführt und dabei jenen Anschlußwilligen, die in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1985 einen entsprechenden Antrag stellen, eine Anschlußgebühr von 350 DM zugesagt wurde?

21. Abgeordneter **Toetemeyer** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß nunmehr – unter Berufung auf die ab 1. Januar 1988 gültige Telekommunikationsordnung – bei jenen Bürgern, die 1985 den Anschluß beantragt hatten, dieser aus von der Deutschen Bundespost zu vertretenden Gründen aber erst 1988 hergestellt werden konnten, nunmehr eine Gebühr von 675 DM je Wohneinheit verlangt wird, und teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß dies – unabhängig von der rechtlichen Problematik – zumindest ein eklatanter Verstoß gegen Treu und Glauben ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

22. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung die von Bundesbauminister Dr. Schneider angekündigte Novelle zur Anpassung des Wohngeldes vorlegen?

23. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, den Überlegungen von Bundesbauminister Dr. Schneider zu folgen und die Abschreibungsdauer für Wohngebäude zu verkürzen?

24. Abgeordneter
Kastning
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation, daß sich die Wohnungsfürsorge für versetzte Soldaten der Bundeswehr und ihre Familien trotz festgestellten allgemeinen Wohnungsmangels, erhöhter Nachfrage, steigender Mieten sowie bestehenden Wettbewerbs zwischen Wohnungsanbietern (Vermietern, Maklern, Immobilienhändlern, Banken und Sparkassen) nach dem Wegfall des Besetzungsrechts für Bundesdarlehenswohnungen auf Vermittlungsbemühungen um Wohnungen des freien Marktes beschränken soll?

25. Abgeordneter
Kastning
(SPD)

Was beabsichtigt die Bundesregierung zu unternehmen, um die sich daraus ergebenden nachteiligen Folgen (wachsende Trennungszeiten, verspätete Familienzusammenführung und zusätzliche Haushaltsausgaben, z. B. Trennungsgeld) zu mildern bzw. zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

26. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für angebracht, sich bei der Sowjetunion für die Zulassung von Besuchsreisen in den sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens einzusetzen, und wäre eine derartige Besuchsmöglichkeit nicht auch durch Berufung auf das von der Sowjetunion angenommene KSZE-Dokument über die Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen zu rechtfertigen?

27. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)

Welche Zusicherungen im Hinblick auf die Achtung der Menschen- und Volksgruppenrechte der in den Oder-Neiße-Gebieten lebenden Deutschen, die einen Besuch des Bundeskanzlers in Polen rechtfertigen würden, hat die Bundesregierung von der polnischen Regierung bisher erhalten, und ist die polnische Regierung insbesondere bereit, das Bestehen einer deutschen Minderheit jetzt nach den Beschlüssen von Wien offiziell anzuerkennen?

28. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung der Bericht des US-Senators Christenson vor dem Senatsausschuß für auswärtige Beziehungen vom 22. Juni 1988 bekannt, der massiven Terror gegenüber südafrikanischen schwarzen Flüchtlingen seitens der SWAPO, der ANC und anderen Organisationen in Angola, Simbabwe, Sambia, Botswana und Kenia enthüllt, und was gedenkt die Bundesregierung auf Grund der Intervention von Menschenrechtsorganisationen auch in der Bundesrepublik Deutschland zu tun, um die genannten Staaten in Afrika zu einem Eingreifen zum Schutz der Menschenrechte dieser Flüchtlinge zu veranlassen?

29. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-Brücher
(FDP)

Ist es zutreffend, daß, wie „DIE WELT" vom 16. Januar 1989 berichtet, die Regierung der USA in den letzten zwei Jahren bei der Bonner Regierung auf diplomatischem Wege fünfzehnmal wegen angeblicher Exporte von Chemiewaffen und geheimer Raketen-Technologien in Länder der Dritten Welt und des Warschauer Paktes protestiert hat?

30. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-Brücher
(FDP)

Wenn ja, erbitte ich um Auskunft, um welche Exporte es sich hier im einzelnen handelt, und in welcher Weise die Bundesregierung tätig geworden ist?

31. Abgeordneter
Duve
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die in der Öffentlichkeit diskutierte Auffassung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Dr. Sudhoff, wenn er feststellt: „Bevor das Auswärtige Amt seine Geschichte schreibt, müssen noch Generationen vergehen" (vgl. PPP vom 30. November 1988)?

32. Abgeordneter
Duve
(SPD)

Was unternimmt die Bundesregierung, um dem vor allem in Italien entstandenen Eindruck zu begegnen, der deutsche Generalkonsul Steinkühler werde vom Auswärtigen Amt kritisiert wegen seiner respektablen Weigerung, beim Volkstrauertag im vergangenen November auch der ehemaligen SS-Kriegsverbrecher, die auf dem Soldatenfriedhof liegen, im Namen der Bundesrepublik Deutschland ehrend zu gedenken?

33. Abgeordneter
Westphal
(SPD)

Was war der Anlaß für den ungewöhnlichen Vorgang, daß der Chefinspekteur des Auswärtigen Amtes, Botschafter Dr. Gorenflos, Anfang 1989 persönlich zusammen mit einem für Personalfragen zuständigen Beamten der Zentralabteilung des Auswärtigen Amtes eine Inspektion beim Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Mailand durchführte, und welchem Zweck diente diese Inspektion?

34. Abgeordneter
Westphal
(SPD)

Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um zu ermöglichen, daß die auf dem deutschen Soldatenfriedhof Costermano in Norditalien bestatteten 20 000 im Zweiten Weltkrieg gefallenen deutschen Soldaten geehrt werden können, ohne daß in diese Ehrung zugleich die drei ebenfalls dort bestatteten und als Kriegsverbrecher ausgewiesenen Mitglieder der SS einbezogen werden müssen, darunter der SS-Ofizier, der als erster die Gaskammern erprobte?

35. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Hält die Bundesregierung ihre Angaben in ihrer Antwort auf meine parlamentarische Anfrage vom 1. Dezember 1988 aufrecht, daß Bundesaußenminister Genscher sich bei seinem Besuch in Teheran „wie bereits zweimal zuvor gegenüber der iranischen Führung ausdrücklich für Dr. Danesh eingesetzt und gebeten hat, das gegen ihn offenbar verhängte Todesurteil nicht zu vollstrecken", und wann hat der Bundesaußenminister Genscher erfahren, daß Dr. Danesh, für dessen Leben sich viele Bundestagsabgeordnete in Briefen an iranische Regierungsmitglieder und an den Bundesaußenminister eingesetzt hatten, wenige Tage vor dem Besuch des Bundesaußenministers auf Veranlassung der iranischen Führung schon umgebracht worden war?

36. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

Mit welchen konkreten Entscheidungen und Maßnahmen hat Bundesaußenminister Genscher auf die Nachricht reagiert, daß die iranische Führung Dr. Danesh wenige Tage vor dem Besuch des Ministers in Teheran hat umbringen lassen, obwohl sie wußte, daß Bundesaußenminister Genscher von Abgeordneten aller Fraktionen des Deutschen Bundestages gebeten worden war, sich anläßlich seines Besuches im Iran für das Leben von Dr. Danesh einzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

37. Abgeordneter **Hinsken** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, dahin gehend Einfluß zu nehmen, der vielfach beklagten Öffnung von Diskotheken und der Abhaltung anderer Massenveranstaltungen am Heiligabend entgegenzuwirken und diesem Tag wieder die ihm gebührende Achtung einzuräumen?

38. Abgeordnete **Frau Würfel** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Kosten für die Volkszählung 630 Millionen DM betrugen statt der veranschlagten 340 Millionen DM, und worauf führt die Bundesregierung diese annähernde Verdoppelung der Summe des Kostenvoranschlags zurück?

39. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP)

Wie viele Personen sind zur Zeit im Ausländerzentralregister namentlich erfaßt, und wie viele dieser Personen sind Deutsche bzw. haben die Anerkennung der deutschen Staatsangehörigkeit beantragt?

40. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP)

Gibt es für jede im Rahmen des Ausländerzentralregisters errichtete Datei ein Statut oder eine entsprechende, dienstrechtlich verbindliche Bestimmung, in der unter anderem die Zweckbestimmung, die Zugriffs- und Übermittlungsmöglichkeiten sowie die Löschungsfristen festgelegt sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

41. Abgeordneter **Hinsken** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung grundsätzlich die Sonntagsarbeit, und ist sie, trotz Flexibilisierungsforderungen, gewillt, am heutigen Stand festzuhalten?

42. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesanstalt für Arbeit auf die geplante Verwaltungsschule lieber ganz verzichten will als sie entsprechend dem Wunsch von Deutschem Bundestag und Bundesregierung im Zonenrandgebiet zu errichten, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um frühere Zusagen, für die Verwaltungsschule der Bundesanstalt für Arbeit einen Standort im Zonenrandgebiet zu wählen, durchzusetzen?

43. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die 9. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes, wonach Fortbildungsmaßnahmen nur noch im Rahmen einer Ermessensleistung bezuschußt werden, bei den antragstellenden Arbeitnehmern, die zum Beispiel von Arbeitslosigkeit bedroht sind, erhebliche Unsicherheit besteht, weil die Arbeitsämter mangels vorliegender Anordnung keine Entscheidung über die Kostenerstattung bei Teilnahme an einer beruflichen Bildungsmaßnahme geben können, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit Rechtsklarheit besteht?

44. Abgeordneter **Müller (Wesseling)** (CDU/CSU)

Wie weit ist die Bundesregierung mit ihrer Überlegung zur Festlegung der Personalbemessungswerte in psychiatrischen Kliniken seit meiner letzten Anfrage vom 7. Dezember 1988 (Drucksache 11/3640) gekommen?

45. Abgeordneter **Müller (Wesseling)** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse zieht die Bundesregierung aus der Feststellung einer Expertenkommission, daß psychisch Kranke im Krankenhaus nach wie vor unzureichend versorgt würden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

46. Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)

Welche Gründe haben den Bundesminister der Verteidigung bewogen, durch Erlaß zu regeln, daß künftig auch Firmen mit Sitz in Berlin (West) Aufträge des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung für die Bundeswehr erhalten können, und wie gliedert sich diese Regelung in die Berlin-Verträge ein?

47. Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)

Wie groß ist das derzeitige Auftragsvolumen, welches das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung über Berlin (West) abwickelt, und sind Verstöße gegen die bisher gültigen Entmilitarisierungsbestimmungen von Berlin (West) bekannt?

48. Abgeordneter **Dr. Klejdzinski** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß in deutsch-französischer Kooperation erarbeitete Forschungsergebnisse im Institut Saint Louis (ISL) der deutschen und der französischen Industrie in geeigneter Weise zur Verfügung gestellt werden?

49. Abgeordneter **Hedrich** (CDU/CSU)

Welche Zeitspannen liegen augenblicklich im Durchschnitt zwischen dem Einberufungsbescheid der Kreiswehrersatzämter und dem Dienstantrittstermin für die Wehrpflichtigen, und sieht die Bundesregierung diese Zeitspanne als ausreichend besonders für die berufliche Planung der Wehrpflichtigen an?

50. Abgeordneter **Dr. Mechtersheimer** (DIE GRÜNEN)

Wie will die Bundesregierung diejenigen Soldaten und Reservisten der Bundeswehr behandeln, die in einem Mobilmachungsfall erkennen und erklären, daß ihr Gewissen ihnen den Kriegsdienst mit der Waffe verbietet?

51. Abgeordneter **Dr. Mechtersheimer** (DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine Eingliederung dieser Kriegsdienstverweigerer im Mobilmachungsfall in Verbände der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes verfassungswidrig wäre, und fürchtet die Bundesregierung angesichts der derzeitigen Verweigerungsquoten bei zum Grundwehrdienst anstehenden Jugendlichen und bei Einberufenen zu Reserveübungen einen solchen Aufstand des Gewissens im Mobilmachungsfall, der die Handlungsfähigkeit der Streitkräfte stark einschränkt?

52. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Hält die Bundesregierung es für zulässig, Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr für Tätigkeiten mit militärischem Bezug, wie z. B. Rüstungsprojekte oder Ausbildungshilfe im Dienst ausländischer Regierungen, zu beurlauben, und zugunsten welcher Staaten sind solche Beurlaubungen erfolgt?

53. Abgeordnete **Frau Dr. Götte** (SPD)

Wie viele zivile und militärische Flugtage sind bis heute gemäß Flugbetriebsweisung GAFO 1/84 beim Luftwaffenamt für das Jahr 1989 angemeldet, und wie viele davon sind öffentliche bzw. nicht-öffentliche („closed house") Flugtage der Bundesluftwaffe und der alliierten Luftstreitkräfte?

54. Abgeordnete **Frau Dr. Götte** (SPD)

Sollte beim Luftwaffenamt eine Anmeldung gemäß Flugbetriebsweisung GAFO 1/84 für einen US-Flugtag in Ramstein 1989 vorliegen oder bis zum 31. März 1989 eingereicht werden, wird die Bundesregierung dann diesen Antrag nach den gleichen Genehmigungskriterien wie 1988 prüfen und genehmigen, und wird sie gegebenenfalls dem Wunsch der US-Luftwaffe nach deutscher Beteiligung bei den Flugvorführungen entsprechen?

55. Abgeordneter **Kolbow** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den im Bayernkurier vom 21. Januar 1989 gemachten Vorschlag, künftig auf Tiefstflüge unter 150 Metern in der Bundesrepublik Deutschland zu verzichten?

56. Abgeordnete **Frau Schmidt (Nürnberg)** (SPD)

Treffen Berichte zu, daß die Bundesregierung die Studiengesellschaft für Zeitprobleme e. V. (St.f.Z.) über die psychologische Akademie der Bundeswehr finanziert und daß die St.f.Z. – ohne nach außen hin erkennbar im Auftrag der psychologischen Akademie der Bundeswehr zu handeln – Einfluß nehmen soll auf „wehrfeindliche" und „indifferente" Gruppen, z. B. durch die Herausgabe eines diffamierenden Berichtes über die in der Friedensbewegung aktiven Gruppen und die Bereitstellung von Broschüren und eigenen Filmproduktionen für Schüler/innen und Lehrer/innen, um die Bereitschaft für die Notwendigkeit der Bundeswehr herzustellen und sich hierzu einer umfangreichen Datensammlung über die verschiedensten Gruppen, Gruppierungen und Einzelpersonen (so z. B. über den Sprecher des Nürnberger Friedensforums) bedient?

57. Abgeordnete **Frau Schmidt (Nürnberg)** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun, daß eine derartige „Bespitzelung" von Gruppen und Einzelpersonen (wie z. B. des Sprechers des Nürnberger Friedensforums) durch die von der Bundeswehr beauftragte und mit Bundesmitteln finanzierte St.f.Z. fortgesetzt werden kann, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Bundeswehr aus verfassungsrechtlicher Sicht keinerlei Befugnis hat – auch nicht mittelbar über privatrechtlich organisierte Vereine –, eine derartige Überwachung von Gruppen und Einzelpersonen durchzuführen oder durchführen zu lassen?

Bonn, den 20. Januar 1989

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 5202 Hennef (Sieg) 1, Telefon (02242) 6044
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551
ISSN 0722-8333